

Wesentliche Neuerungen im BDSG 2001
(Beilage zu Gola/Jaspers, Das neue BDSG im Überblick)

Erweiterter Anwendungsbereich				
Thema	Neuerung	Rechtsgrundlage	Unternehmensspezifischer Handlungsbedarf ?	Verantwortlicher
Anwendung des BDSG	<ul style="list-style-type: none"> BDSG anwendbar bei <ul style="list-style-type: none"> – automatisierter Verarbeitung personenbezogener Daten – strukturierten manuellen Sammlungen 	§ 3 Abs. 2		
Sitzlandprinzip	<ul style="list-style-type: none"> Geltung des BDSG 	§ 1 Abs. 5		

Erweiterte Transparenz				
Thema	Neuerung	Rechtsgrundlage	Unternehmensspezifischer Handlungsbedarf ?	Verantwortlicher
Verfahrensverzeichnis	<ul style="list-style-type: none"> Einsichtsrecht für Jedermann 	§ 4g Abs. 2		
Direkterhebung	<ul style="list-style-type: none"> Grundsatz der Direkterhebung mit Information des Betroffenen 	§ 4 Abs. 2		
Benachrichtigung/ Auskunft	<ul style="list-style-type: none"> Geänderte Ausnahmebestimmungen Dokumentation der Inanspruchnahme eines Ausnahmetatbestandes bei Nichtbenachrichtigung 	§§ 33, 34		
Werbeansprache	<ul style="list-style-type: none"> Information des Betroffenen über verantwortliche Stelle, Widerspruchs-recht und ggf. Herkunft der Daten 	§ 28 Abs. 4		

Neue Zulässigkeitsvoraussetzungen

Thema	Neuerung	Rechtsgrundlage	Unternehmensspezifischer Handlungsbedarf ?	Verantwortlicher
Besondere Arten personenbezogener Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Restriktive Zulässigkeitsvoraussetzung beim Umgang mit sensiblen Daten 	§ 3 Abs. 9 § 28 Abs. 6-9 § 4a Abs. 3		
Zweckbindung	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Zweckbindung 	§ 28 Abs. 3		
Automatisierte Einzelentscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> • Eingeschränktes Verbot automatisierter Einzelentscheidungen • Informations- und Auskunftspflichten 	§ 6a		
Datenübermittlung in Drittländer	<ul style="list-style-type: none"> • Eingeschränkte Zulässigkeit der Übermittlung personenbezogener Daten in Staaten außerhalb der EU/EWR. Ggf. Vertragslösung oder Unternehmensregelung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde 	§§ 4b, 4c		
Allgemeines Widerspruchsrecht	<ul style="list-style-type: none"> • Widerspruchsrecht des Betroffenen bei besonderer persönlicher Situation 	§ 35 Abs. 5		
Auftragsdatenverarbeitung	<ul style="list-style-type: none"> • AuftragsDV zulässig in Staaten der EU/EWR • Kontrolle der Einhaltung der beim Auftragnehmer getroffenen technischen organisatorischen Maßnahmen • Prüfung und Wartung u.U. AuftragsDV 	§§ 11, 3 Abs. 8		

Datenschutzkontrolle

Thema	Neuerung	Rechtsgrundlage	Unternehmensspezifischer Handlungsbedarf ?	Verantwortlicher
Meldepflicht	<ul style="list-style-type: none"> • Meldepflicht bei Verfahren geschäftsmäßiger automatisierter Verarbeitung <ul style="list-style-type: none"> – zum Zweck der Übermittlung – zum Zweck der anonymisierten Übermittlung 	§ 4d		
Datenschutzbeauftragter	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht zur Bestellung eines DSB <ul style="list-style-type: none"> – abhängig von der Anzahl der Mitarbeiter, die mit personenbezogenen Daten umgehen – bei Pflicht zur Vorabkontrolle – bei Meldepflicht 	§ 4d, 4f		
Verarbeitungsübersicht	<ul style="list-style-type: none"> • Dem DSB ist eine Übersicht über die meldepflichtigen Angaben und die zugriffsberechtigten Personen zur Verfügung zu stellen 	§ 4g Abs. 2		
Vorabkontrolle	<ul style="list-style-type: none"> • Bei besonderen Risiken für die Rechte und Freiheiten des Betroffenen ist grundsätzlich eine Vorabkontrolle durch den DSB durchzuführen 	§ 4d Abs. 5, 6		
Aufsichtsbehörden	<ul style="list-style-type: none"> • Anlassunabhängige Kontrolle mit erweiterten Kompetenzen, Strafantragsrecht und Bußgeldbefugnis bis zu DM 500.000,- • Genehmigung von Regelungen zum Drittlandtransfer 	§ 38 § 4c Abs. 2		

Technikorientierte Neuregelungen

Thema	Neuerung	Rechtsgrundlage	Unternehmensspezifischer Handlungsbedarf ?	Verantwortlicher
Gebot der Datenvermeidung und Datensparsamkeit	<ul style="list-style-type: none">• Neue Anforderungen an die Systemgestaltung	§ 3a		
Videoüberwachung	<ul style="list-style-type: none">• Eingeschränkte Zulässigkeit der Videoüberwachung mit Hinweis- und Informationspflichten	§ 6b		
Mobile Speicher- und Verarbeitungsmedien	<ul style="list-style-type: none">• Informationspflicht und Auskunftsrecht des Betroffenen bei Ausgabe von Karten mit Prozessorchip	§ 6c		
Technische und organisatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none">• Umsetzung der 8 Gebote	§ 9 und Anlage		